

Energieverbrauch gesenkt: Stadt investiert jetzt kräftig ins Gymnasium

Über 5 Mio. Euro erhält die Stadt Bergkamen an zusätzlichen Bundesmitteln. Das Geld soll wie schon in den Vorjahren in die energetische Sanierung städtische Gebäude investiert werden, kündigte Bürgermeister Roland Schäfer bei der Vorstellung des Energieberichts 2015 an. Ein Schwerpunkt wird hier die Sanierung des Städtischen Gymnasiums sein.



Geld vom Bund! Das Gymnasium wird jetzt auf Vordermann gebracht.

Das Gymnasium gehört mit seinen zwei Sporthallen, die auch von Vereinen genutzt werden, zu den Großverbrauchern unter den Schulen. Was solch eine energetische Sanierung bringt, erläuterte der Energiefachmann der Stadtverwaltung Wilhelm Becker, am Beispiel der Willy-Brandt-Gesamtschule. Rund 2,7 Mio. Euro sind dort in die Abteilung 5-7 in den zurückliegenden drei Jahren investiert worden.

Ergebnis ist eine Verringerung der Heizenergie um 34 Prozent und jährliche Einsparungen bei den Heizkosten von 28.630 Euro. Um 43 Tonnen wurde der Ausstoß des Klimakillers CO₂ reduziert.

Vorausgegangen war die Sanierung der Abteilung 8 bis 10 aus Mitteln des Konjunkturpakets. Hier ging der Verbrauch an Heizenergie sogar um 71 Prozent und die Kosten um 58 Prozent zurück.

Größter Energieverschwender ist nach wie vor, und das nicht nur wegen seiner sieben Stockwerke, das Bergkamener Rathaus. Eine energetische Sanierung würd hier nach Preisen von 2011 rund 8 Mio. Euro kosten. Hinzu kommt eine Million Euro für Container, in die die Verwaltung während der Arbeiten umziehen müsste.

Dieses Geld hat die Stadt Bergkamen nicht. Deshalb heißt es „Warten auf die nächsten Bundesmittel“. Die müssten aber noch deutlich höher ausfallen als bisher. Immerhin hat das Rathaus inzwischen im Keller eine neue Heizungsanlage erhalten. Allein dadurch verringerte sich der Verbrauch an Heizenergie um ein Drittel. Das bringt eine jährliche Ersparnis von rund 27.700 Euro.

Den Energiebericht kann man zum Beispiel in der Stadtbibliothek einsehen oder in ein paar Tagen von der städtischen Homepage herunterladen. Er solle auch ein Anstoß für private Hausbesitzer sein, in ihre Gebäude zu investieren, damit der Energieeinsatz und die damit verbundenen Kosten gesenkt werden, betonte Bürgermeister Roland Schäfer und Wilhelm Becker.

**Schulpflegschaft des
Gymnasiums diskutiert mit**

Rüdiger Weiß über drängende Schulprobleme

Die Schulpflegschaft des Städtischen Gymnasiums Bergkamen lädt am Mittwoch, 18. November, um 19 Uhr zu einer Podiumsdiskussion ins Pädagogische Zentrum (PZ) der Schule ein. Thema ist die „Aktuelle Schulsituation aus Sicht der Schüler, Eltern und Lehrer“. Zu Gast wird Rüdiger Weiß, Mitglied des Landtags NRW, sein. Rüdiger Weiß ist im Ausschuss für Schule und Weiterbildung zuständig für die parlamentarische Behandlung von Rechtsvorschriften mit Regelungswirkung für den Schul- und Weiterbildungsbereich. Das Podium wird komplettiert durch Vertreter des Kollegiums, der Eltern und der Schülerschaft.

Durch die gemeinsame Diskussion erhofft sich die Schulgemeinde, dass die tatsächlich gelebte Realität in diesen Landtagsausschuss getragen und auf bestehende Missstände besser aufmerksam gemacht werden kann, um merkbare Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Die Schulpflegschaft geht davon aus, dass es nicht nur Handlungsbedarf am Städtischen Gymnasium Bergkamen gibt, sondern auch an anderen Schulen des Kreises. Daher sind auch Vertreter anderer Schulen eingeladen worden.

Gesucht: Gute Ideen zur Rettung der Eissporthalle

Die drei Bergkamener Eissportvereine ziehen alle Register zur Rettung ihrer Eissporthalle am Häupenweg. Jetzt hatten sie die

WDR-Lokalzeit zu Gast. Gesendet wurde der Beitrag am Mittwochabend. Dabei ist auch Bürgermeister Roland Schäfer zu Wort gekommen. Gesucht werden Nutzungsmöglichkeiten für die Eissporthalle in den Monaten April bis September.



Ausschnitt aus dem Bericht der Lokalzeit Dortmund über die Bergkamener Eissporthalle

Schäfer forderte vor laufender Kamera dazu auf, dass sich diejenigen melden, die eine gute Idee für eine Nutzungsmöglichkeit außerhalb der Eislaufsaison haben. Einzige Bedingung sei, sie müsse zusätzliche Einnahmen bringen. Wer eine gute Idee hat, kann sich zum Beispiel an das Bürgertelefon der Stadt Bergkamen wenden, Tel. 02307/965 444, oder schreibt eine Mail an buergermeister@bergkamen.de.



Bürgermeister Roland
Schäfer stand der Lokalzeit
Rede und Antwort.

Natürlich könnten möglicherweise die Einnahmen auch während der Eislaufsaison gesteigert werden. In der guten Zeit zählte man in der Eissporthalle rund 90.000 zahlende Besucher. Damals galt die Eissporthalle als „Bergkamens größte Jugend-Freizeitstätte“. Laut Gutachter ist die Besucherzahl aktuell auf 30.000 gesunken. Viel zu wenig, wie er meint. Die 500.000 Euro, die die Eishalle jährlich als Zuschuss erfordert, sei ein Luxus, den sich eine Stadt in der Größenordnung Bergkamens eigentlich nicht leisten kann.

Dringend notwendig wäre ein Marketingkonzept. Auch spielt, wie der Gutachter ebenfalls feststellt, die Eissporthalle bei den Bergkamener Schulen nur eine untergeordnete Rolle. Hinzu kommt, dass die Präsenz der drei Eissportvereine in der Öffentlichkeit stark verbesserungswürdig ist. Mit dem Argument als Beispiel, dass Bundesliga-Eishockey längst nicht so zuschauerträchtig sei wie bei den Männern, sollte man sich nicht abfinden.

Das größte Problem für die Vereine ist, dass ihnen jetzt die Zeit wegrennt. Die Gutachteraussagen zur Eissporthalle sind eine Art Nebengutachten zum Bädergutachten. Wie es mit Hallen- und Wellenbad in Bergkamen weitergeht, soll bis zum Jahresende feststehen. Vielleicht lässt sich ja das Problem „Eissporthalle“ noch ausklammern. Ob dies möglich ist, wird sich bereits in wenigen Wochen zeigen. Dann nämlich, wenn Kämmerer Holger Lachmann seinen Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt 2016/17 vorlegt. Dann werden wir wissen, wie dringend die Stadt Bergkamen auf die 500.000 Euro angewiesen ist.

Immerhin trifft es sich gut, dass das Stadtmarketing und der EC Bergkamen am kommenden Samstag, 31. Oktober, um 14 Uhr zur nächsten Station der Reihe „Werde Entdecker“ in die

Eissporthalle einladen.

Wer den Lokalzeit-Beitrag am Mittwoch verpasst hat, findet ihn hier in der WDR-Mediathek: <http://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/lokalzeit/lokalzeit-aus-dortmund/videolokalzeitausdortmund1564.html>.

Stadtbahn Dortmund-Bergkamen-Hamm wird wieder ein Thema

Bleibt die Stadtbahn Dortmund-Bergkamen-Hamm ein Traum? Mag sein, doch die Stadt Bergkamen lässt nicht locker. Sie will jetzt dieses Zukunftsprojekt für den neuen ÖPNV-Bedarfsplan NRW ab 2017 anmelden.



So könnte es in Zukunft an Rathaus und Busbahnhof aussehen: Die Stadtbahn rollt ein. (Fotomontage: Kreis Unna)

Die Bezirksregierung hatte die Kommunen aufgefordert, Vorschläge für diesen Bedarfsplan zu entwickeln. Das soll jetzt für die Stadtbahn Dortmund-Unna-Hamm geschehen. Sollte hier der Regionalrat und das Landes-Verkehrsministerium positiv zustimmen und ihn in die Stufe 1 befördern, heißt das

allerdings nicht, dass in zwei Jahren Baustart ist. Der neue Bedarfsplan hat eine Laufzeit bis 2030.

Hier glaubt aber die Stadt, gute Argumente auf ihrer Seite zu haben. In der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 3. November steht das Projekt Stadtbahn auf der Tagesordnung. Hierzu heißt es in der Vorlage:

„Das Projekt ist für Bergkamen aufgrund der derzeit fehlenden Schienenanbindung für den Personenverkehr von grundsätzlicher Wichtigkeit. Darüber hinaus hat das Projekt gegenüber der früheren IGVP-Anmeldung durch die Lage benachbart zur Wasserstadt Aden weiter an Bedeutung gewonnen. Zudem hat die RegionalStadtBahn bereits textlich und zeichnerisch Eingang in verschiedene Planwerke gefunden. Neben einer Darstellung im gültigen Regionalplan (Gebietsentwicklungsplan (GEP) Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund, westlicher Teil (Dortmund – Kreis Unna – Hamm)) ist der Trassenverlauf in den 2014 beschlossenen und von der Bezirksregierung Arnsberg genehmigten Flächennutzungsplan der Stadt Bergkamen aufgenommen worden und damit Ziel der Stadtentwicklung. Aus diesen Gründen soll es erneut für den neuen ÖNPV-Bedarfsplan gemeldet werden.“

Endausbau Buchweizenkamp bringt Querungshilfe auf Erich-Ollenbauer-Straße

Die Stadt Bergkamen beabsichtigt, ab Anfang November den Endausbau des Buchweizenkamps im Stadtteil Oberaden durchzuführen. Nachdem ein Großteil der anliegenden Grundstücke bebaut und die umliegenden Straßen durch private

Erschließungsträger hergerichtet sind, können die städtischen Flächen nun ohne Gefahr der Beschädigung durch Bautätigkeiten Dritter ebenfalls endausgebaut werden.

Die Gestaltung des Straßenraums orientiert sich an den bereits fertig gestellten Abschnitten des Buchweizenkamps. Der gesamte Straßenquerschnitt wird niveaugleich ausgebaut, d. h. ohne Bordsteine. Der mittlere Teil erhält eine Oberflächenbefestigung aus Asphalt, die Seitenbereiche werden gepflastert und mit Grünbeeten und Stellplätzen aufgelockert.

Im Zuge dieser Baumaßnahme wird zusätzlich der Einmündungsbereich Erich-Ollenhauer-Straße – An der Dorndelle umgestaltet. Dort wird eine Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer über die Erich-Ollenhauer-Straße angelegt.

Das Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung geht davon aus, dass die Bauarbeiten rund sechs Monate andauern werden. Die Stadt bittet die Anlieger und Verkehrsteilnehmer für die während der Bauzeit entstehenden Beeinträchtigungen um Verständnis und versucht diese so gering wie möglich zu halten.

Bürgermeister Schäfer zeichnet Bergkamener mit Silbermedaillen, Ehrennadeln und Ehrenamtskarten aus

Im feierlichen Rahmen hat am Freitagnachmittag Bürgermeister Roland Schäfer im Veranstaltungssaal des Bayer-Werks zahlreiche Bergkamener Bürgerinnen und Bürger für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement geehrt. Sie alle haben sich im besonderen Maß um die Stadt und um ihre Mitmenschen

verdienst gemacht, betonte Schäfer.



Bürgermeister Roland Schäfer zeichnete diese Bürgerinnen und Bürger mit der Ehrennadel aus.

Verleihung der Silbermedaille der Stadt Bergkamen in 2015



Verleihung der
Silbermedaille (v.l.):
Bürgermeister Roland
Schäfer, CDU-Fraktionschef
Thomas Heinzel, Horst
Weischenberg, SPD-
Fraktionschef Bernd
Schäfer, Uwe Frickenstein

und Grünen-Fraktionschef
Jochen Wehmann.

Mit der Silbermedaille werden Bürgerinnen und Bürger ausgezeichnet, die sich um die Stadt Bergkamen auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem oder sportlichem Gebiet verdient gemacht haben.

Dazu gehören **Uwe Frickenstein**, Engagement für die IG BCE Oberaden / Kameradschaftsnothilfe Haus Aden, **Renate Sudhaus**, Engagement für den Frauenchor Overberge, und **Horst Weischenberg**, Engagement für den Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen – Kreis 32 Unna-Hamm

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Bergkamen in 2015

Mit der Ehrennadel werden Bürgerinnen und Bürger geehrt, die auf eine mindestens 15-jährige aktive ehrenamtliche Mitarbeit in Bergkamener Vereinen, Verbänden und Organisationen zurückblicken können. Darüber hinaus können Personen, die sich durch uneigennützigen Einsatz oder persönliche Hilfeleistung innerhalb und außerhalb der Stadt Bergkamen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich verdient gemacht haben, durch die Verleihung der Ehrennadel geehrt werden.

Rainer Bartkowiak (Seifenkistenverein „Immer auf Achse“), **Gabi Güldenhaupt** (Seifenkistenverein „Immer auf Achse“), **Klaus Bergbauer** (Knappenverein „Glück-Auf-Germania 1889“), **Hans Jürgen Schulz** (Knappenverein „Glück-Auf-Germania 1889“), **Petra Dähne** (Kleingartenverein Immergrün e.V.), **Heidi Hausner** (Kleingartenverein Immergrün e. V.), **Gerda Scherer** (Kleingartenverein Immergrün e.V.), **Norbert de West** (Kath. Kirchengemeinde St. Elisabeth), **Ursula Eggenstein** (Verein der Freunde u. Förderer des Stadtmuseums Bergkamen e. V.), **Arno Winterholler** (Verein der Freunde u. Förderer des Stadtmuseums

Bergkamen e. V., **Reinert Gosewinkel** (Schützenverein Ostfeldmark-Overberge 1892 e. V.), **Wolfgang Grothaus** (FC TuRa Bergkamen), **Norbert Gruchot** (NABU Kreisverband Unna e. V.), **Jutta Keding** (Karnevalsgesellschaft Rot-Gold Bergkamen), **Kunibert Klima** (Sozialverband SoVD), **Monika Simon** (Sozialverband SoVD Weddinghofen), **Gerhard Seidel** (Sozialverband SoVD Weddinghofen), **Bettina Limanski** (Schreberjugend Bergkamen), **Michael Ludwig** (Kleingartenverein „Im Krähenwinkel“), **Rainer Rönne** (Jukuren Karate-Do Club),

Verleihung der Ehrenamtskarte NRW in 2015

Mit der Ehrenamtskarte NRW können Personen ausgezeichnet werden, die sich langjährig und überdurchschnittlich für das Bergkamener Gemeinwohl einsetzen. Darüber hinaus können auch Bergkamener Bürgerinnen und Bürger geehrt werden, die sich außerhalb der Stadt Bergkamen ehrenamtlich engagieren.

Dazu gehören **Elke Brückner** (Sozialverband Deutschland SoVD), **Svenja Enkelmann** (SuS Oberaden, Volleyball), **Joachim Felgenhauer** (SuS Oberaden, Leichtathletik), **Manfred Heinz** (SuS Oberaden, Handball), **Wolfgang Schneider** (SuS Oberaden, Tischtennis), **Petra Knippschild** (SuS Oberaden, Jugendabteilung), **Anna Katharina Fenzl** (Friedenskirchengemeinde Bergkamen), **Marie Zeruch** (Friedenskirchengemeinde Bergkamen), **Robin Franke** (Martin-Luther-Kirchengemeinde), **Timo Güldenhaupt** (Martin-Luther-Kirchengemeinde), **Nils Orłowski** (Martin-Luther-Kirchengemeinde), **Kristina Oesterling** (Martin-Luther-Kirchengemeinde), **Sayder Günes** (Alevitische Gemeinde Krs. Unna e. V.), **Isilay Isilar** (Alevitische Gemeinde Krs. Unna e. V.), **Volkan Kaya** (Alevitische Gemeinde Krs. Unna e. V.), **Miriam Czarnitzki** (Karnevalsgesellschaft Rot-Gold), **Jutta Keding** (Karnevalsgesellschaft Rot-Gold), **Lisa Kirsch** (Schreberjugend Bergkamen), **Jana Krabs** (Ev. Kinder- u. Jugendzentrum „John“), **Denny-Maurice Lange** (Ev. Kinder- u. Jugendzentrum „John“), **Merle Lukas** (Ev. Kinder- u. Jugendzentrum „John“), **Saskia Voß** (Ev. Kinder- u. Jugendzentrum „John“), **Mona Wunderlich** (Ev.

Kinder- u. Jugendzentrum „John“), **Rainer Rönne** (Jukuren Karate-Do Club Rünthe e. V.), **Nicole Scheerer** (Amb. Kinder- und Jugendhospizdienst), **Werner Turk** (TuRa Bergkamen, Abtlg. Tennis), **Wilma Zaulich** (Tageseinrichtung „Tausendfüßler“).



Die neuen Inhaber der Ehrenamtskarte.

Einige Geehrte mussten vor den offiziellen Fotos die Veranstaltung verlassen. Einige Geehrte konnten an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen und werden deshalb in einem anderen Rahmen zu einem späteren Zeitpunkt ausgezeichnet.

**Bürgermeister unterschreibt
Brandbrief – Lage in
Bergkamen aber nicht so**

dramatisch

Auch Bürgermeister Roland Schäfer gehört zu den Unterzeichnern des Brandbriefs an Bundeskanzlerin Angela Merkel und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zur Flüchtlingslage. Dies wohl aus Solidarität und weil er Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist. Denn die Situation in Bergkamen sei längst nicht so dramatisch wie in anderen Kommunen, erklärte Schäfer in einem Beitrag in der Bergkamener Facebook-Gruppe.



Bürgermeister Roland
Schäfer

Hauptgrund für die noch relativ entspannte Lage: Wegen des Bevölkerungsrückgangs gibt es immer noch ausreichend viele leerstehende Wohnungen. Das sieht jeder, der zum Beispiel mit offenen Augen die „Bergkamener City“ geht. Probleme gibt es hier, leerstehende Wohnungen für die neuen Bewohner herzurichten. Betten zu einem tragbaren Preis sind zum Beispiel kaum zu bekommen. Deshalb leben immer noch Flüchtlinge in der Notunterkunft in der Turnhalle am Nordbergstadion.

Ein anderer Grund ist die Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes auf dem Wellenbadparkplatz. Mit der Aufnahme der ersten Flüchtlinge dort, werden der Stadt Bergkamen keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen. Zurzeit hat die Stadt rund 600 Flüchtlinge aufgenommen. In der Zeltstadt können weitere 600 Flüchtlinge leben.

Eine erhebliche Entlastung der städtischen Mitarbeiter, die mit der Flüchtlingsbetreuung betraut sind, kommt von den etwa 170 Bergkamener Flüchtlingshelfer. Sie kooperieren auch mit den Johannitern, die die Zeltstadt im Auftrag der Bezirksregierung betreibt. Bekanntlich hat die

Friedenskirchengemeinde ihr Martin-Luther-Haus in Weddinghofen für Flüchtlinge geöffnet.

Immerhin einen Erfolg hat der „Brandbrief“: Das Land hat am Mittwoch angekündigt, die vom Bund zugesagten Mittel auf 10.000 Euro pro Flüchtling und Jahr aufzustocken. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Diese Geld geht nicht an die Flüchtlinge, sondern an die Städte und Gemeinden für die Kosten der Unterkunft, ärztliche Versorgung, Personalkosten etc.

Hier nun der Brief an Bundeskanzlerin Merkel im Wortlaut:

Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

wir wenden uns in großer Sorge um unser Land, aber auch um die von uns vertretenen Städte bzw. Gemeinden an Sie. Anlass ist der massive und in erheblichem Umfang auch unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland und in unsere Städte und Gemeinden.

Die am 15.10.2015 vom Bundestag verabschiedeten Regelungen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn das Gesetz verfolgt u.a. das Ziel, den Zustrom spürbar zu verringern, aber auch die vorhandenen kommunalen Ressourcen für die Unterbringung und Integration zu Gunsten derjenigen Flüchtlinge einzusetzen, welche sich erfolgreich auf das Grundrecht auf Asyl berufen können. Ob diese Maßnahmen die gewünschte Wirkung zeitnah entfalten, ist zweifelhaft. Es ist zu befürchten, dass Deutschland trotz des Asylpaketes weiterhin attraktiv für viele Flüchtlinge sein wird. Da die vielfältigen Krisenherde der Erde eher zu- als abnehmen, ist anzunehmen, dass der Zustrom der Flüchtlinge auf hohem Niveau verharren wird.

Der bisherige massive Zustrom von Flüchtlingen in unsere Städte und Gemeinden hat dazu geführt, dass so gut wie alle verfügbaren Unterbringungsmöglichkeiten mittlerweile erschöpft sind. Selbst die Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten sowie Wohncontainern ist kaum noch zu bewerkstelligen. Der Betrieb der kommunalen Unterbringungseinrichtungen bindet in ganz erheblichem Umfang kommunales Personal. Dies führt dazu, dass wir viele andere kommunale Pflichtaufgaben nicht oder nur noch sehr eingeschränkt erfüllen können.

Wir begrüßen, dass Sie sich auf europäischer und internationaler Ebene für die Bekämpfung der Fluchtursachen sowie eine faire Verteilung der Flüchtlinge einsetzen. Uns ist bekannt, dass hierzu langwierige Verhandlungen notwendig sind. Sie sind da-her kaum geeignet, den zu hohen Zustrom von Flüchtlingen zeitnah und spürbar zu begrenzen. Deshalb sind über die in dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz beschlossenen Maßnahmen noch weitere Schritte notwendig.

Von daher möchten wir Sie bitten, die in dem als Anlage beigefügten Forderungskatalog aufgelisteten Maßnahmen umzusetzen.

Wir haben uns mit gleichlautendem Schreiben auch an den Vizekanzler Herrn Gabriel und mit ähnlichen Schreiben an die Ministerpräsidentin Frau Kraft sowie die stellvertretende Ministerpräsidentin Frau Löhrmann gewandt.

Am 19.10.2015 hat das Präsidium des StGB NRW in seiner Sondersitzung einstimmig den Forderungskatalog beschlossen

FORDERUNGSKATALOG

1. Der Bund muss in Umsetzung des Dublin-Verfahrens wieder geltendes Asylverfahrensrecht anwenden, d.h. Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten an der deutschen Außengrenze abweisen. Dazu sind die bestehenden Grenzkontrollen auszuweiten und zu intensivieren, um die Zahl der unkontrolliert nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge

zu minimieren.

2. Das Asylverfahrensrecht für Flüchtlinge aus sog. sicheren Herkunftsländern muss geändert werden. Die Flüchtlinge aus diesen Ländern dürfen nicht mehr einreisen und müssen ihr Asylverfahren in ihrem Herkunftsstaat betreiben.
3. Die derzeitige Flüchtlingskrise kann nur auf europäischer Ebene gelöst und in national verkraftbare Dimensionen gelenkt werden. Neben einem wirksamen Schutz der Schengen-Außengrenzen ist hierzu vor allem notwendig, dass die nationalen Asylgesetze der Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene harmonisiert werden mit einheitlichen Standards und Leistungsvorgaben. Gleichzeitig müssen auf EU-Ebene Verteilungsquoten vereinbart werden, die für jeden Mitgliedsstaat verpflichtend, aber auch planbar und steuerbar sind. Dies setzt zwingend voraus, dass der Zustrom nach Europa Obergrenzen kennt, die im Rahmen von jährlichen Kontingenten durch die EU festgelegt werden. An diese Kontingente müssen sich alle Mitgliedstaaten, auch Deutschland, halten.
4. Eine europaweite Lösung ohne steuer- und planbare Quoten und ohne Ober-grenzen wird es nicht geben. Es müssen Verteilzentren (Hot-Spots) in den Grenzstaaten eingerichtet werden, in denen ankommende Flüchtlinge registriert und in denen deren Asylbegehren geprüft wird. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern, die ebenfalls von der EU festzulegen sind, werden in diesen Hot-Spots untergebracht und in kurzer Zeit nach einem negativen Bescheid in ihre Herkunftsländer zurückgeführt. Diejenigen Flüchtlinge, deren Antrag Aussicht auf Erfolg hat, müssen sich in den Staat begeben, dem sie zugewiesen werden. In diesem Staat müssen sie untergebracht, versorgt und auch betreut werden. Verlassen Flüchtlinge den ihnen zugewiesenen Staat, haben sie keine Ansprüche auf Leistungen in anderen Staaten der EU.

5. Die EU muss dafür sorgen, dass möglichst schnell und umfassend die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern in der Türkei verbessert werden. Gleich-zeitig muss auf die Türkei eingewirkt werden, damit sie ihre Asylgesetze so liberalisiert, dass auch Nichteuropäer berechtigt sind, einen Asylantrag zu stellen.
 6. Der Bund muss eigene Erstaufnahmezentren einrichten, in denen alle Flüchtlinge registriert werden, bevor sie auf eigene Einrichtungen des Bundes und die Bundesländer verteilt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen unterbunden wird.
 7. Der Bund muss viel stärker als bisher geplant und langfristiger operativ in die Betreuung einsteigen und mindestens die Hälfte aller Flüchtlinge aufnehmen, betreuen und bei negativem Ausgang in ihre Heimatländer zurückführen.
 8. Darüber hinaus sollte zeitnah ein Einwanderungsgesetz diskutiert und geprüft werden.
-

Bergkamen ist Teil des Projekts „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“

Das Bild vom „Kitt der Gesellschaft“ macht sehr einfach sehr deutlich, wie wichtig, ja geradezu unverzichtbar der vielfältige Einsatz von ehrenamtlich Tätigen in einer Kommune ist.



Teilnehmer des Fachkongresses zum Bürgerengagement mit Ministerin Christina Kampmann (vordere Reihe 3.v.l.). links daneben Christine Busch. Foto: Dariusz Misztal

Allein in dem Dezernat, welches die Beigeordnete Christine Busch verantwortet, tummelt sich schon immer ein bunter Strauß an ehrenamtlichem Engagement – sei es bei der Freiwilligen Feuerwehr, in den Sportvereinen, bei den Familienpaten, bei der Demenzbegleitung. Die Liste ist lang und wird durch das Engagement in weiteren Institutionen wie Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden noch vielfältiger. Im Rahmen des Projektes der Ehrenamtskarte findet eine Anerkennung ebenso statt wie bei den jährlichen Auszeichnungen durch Bürgermeister Roland Schäfer.

Diese wichtige Arbeit kann nur gelingen, wenn sich die Beteiligten partnerschaftlich begegnen; um sie auch für die Zukunft zu verstetigen bedarf es darüber hinaus einer professionellen Begleitung.

Insbesondere die Arbeit mit den Flüchtlingsshelfern hat

deutlich gemacht, dass hier die Rollen „Verwaltung-Ehrenamtliche“ eindeutiger zu definieren sind; war zunächst eine Gruppe von 20 Personen zu schulen und zu begleiten, hat sich die Gruppe auf 160-170 vergrößert. Das wirft weitere Fragen danach auf, wie ein partnerschaftlicher Umgang und eine zielführende Zusammenarbeit stabil möglich ist und wie auch weiterhin Menschen für eine ehrenamtliche Tätigkeit gewonnen werden können.

Diese Fragen sind generell zu betrachten. Insofern ist Christine Busch glücklich, dass in einem umfangreichen Bewerbungs- und Auswahlverfahren die Stadt Bergkamen den Zuschlag erhalten hat, in das Projekt „Zukunfts faktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien im Regierungsbezirk Arnsberg 07/2015 – 12/2016“ aufgenommen worden zu sein. Der heutige Kongress in Lünen war zugleich Auftakt, für Bergkamen werden eine Mitarbeiterin des Seniorenbüros und eine Mitarbeiterin des Jugendamtes/Integration gecoacht.

Pressemitteilung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerin Kampmann: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für Kommunen

Familienministerin Christina Kampmann hat heute den Fachkongress „Bürgerschaftliches Engagement fördern – kommunale Strategien für die Zukunft“ in Lünen eröffnet. „80 Prozent des bürgerschaftlichen Engagements findet auf kommunaler Ebene statt. Hier entscheidet sich die Qualität des Zusammenlebens. Deshalb müssen wir in den Städten, Gemeinden und Quartieren noch bessere Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln schaffen“, sagte Kampmann.

Der Kongress, an dem rund 170 Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und lokaler Engagementförderung teilnahmen, wurde bereits zum zweiten Mal zur Plattform für den landesweiten Erfahrungsaustausch zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ genutzt. Im Fokus der Veranstaltung stand die Vielfalt der lokalen Engagementlandschaften in Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen des Kongresses gab Ministerin Kampmann außerdem bekannt, dass das Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ in die nächste Runde geht. Dabei erhalten Kommunen im Rahmen einer Entwicklungswerkstatt Tipps, Anregungen und Coaching rund um das Thema Ehrenamt. Zehn neue Standorte wurden jetzt für eine Teilnahme ausgewählt. Ahlen, Bad Berleburg, Bergkamen, Finnentrop, Kirchhundem, Menden, der Kreis Olpe, Senden, der Kreis Siegen-Wittgenstein und Sprockhövel werden in den kommenden anderthalb Jahren bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vom Katholisch-Sozialen-Institut (KSI) als Projektträger begleitet.

„Ich freue mich sehr, dass es uns mit dieser speziellen Form der Qualifizierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kommunalen Verwaltungen immer wieder gelingt, auf die aktuellen Bedarfe der Kommunen im Bereich der Engagementförderung so erfolgreich einzugehen. Das Interesse der Kommunen an dem Programm ist ungebrochen“, erklärte Kampmann.

„Wir waren als Bezirksregierung Arnsberg sofort bereit, das Projekt als Partner zu unterstützen, denn wir nehmen die Engagementförderung sehr ernst, haben als erste Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen einen Engagementbeauftragten in unserer Verwaltung installiert und hoffen, die Kommunen bei ihrer Engagementförderung in Zukunft gut unterstützen zu können“, betonte die Arnsberger Regierungspräsidentin Diana Ewert.

Anders als bei den ersten zwei Durchgängen wurde die dritte Entwicklungswerkstatt nicht landesweit ausgeschrieben, sondern auf den Regierungsbezirk Arnsberg und anliegende Kommunen begrenzt. Die regionale Nähe der beteiligten Kommunen ermöglicht einen intensiveren Austausch über ähnliche Fragestellungen und Problemlagen und verstärkt die interkommunale Vernetzung.

Weitere Informationen unter: www.engagiert-in-nrw.de

SPD diskutiert über Schuldenbremse und Investitionsstau

Der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Weiß sowie der Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Bergkamen, André Rocholl haben die Mitglieder der Bergkamener Ortsvereine für Freitag, 23. Oktober, 5 zu einem Vortrag der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ mit dem Thema „Zwischen Schuldenbremse und Investitionsstau“ eingeladen. Die Veranstaltung findet ab 19 Uhr im „Treffpunkt“, Lessingstraße 2, 59192 Bergkamen statt.

Ebenfalls eingeladen wurden die Ortsvereinsmitglieder des SPD-Stadtverbandes Kamen. Willkommen sind aber auch alle weiteren an diesem aktuellen Thema interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Der kommunalpolitische Sprecher der SPD Bundestagsfraktion und Mitglied im Finanzausschuss des Bundes, MdB Bernhard Daldrup, wird als Vortragsredner an der Veranstaltung teilnehmen.

Bergkamener zu Besuch bei Hubert Hüppe in Berlin

Drei ereignisreiche Tage verbrachte eine Gruppe aus Bergkamen unter der Leitung der CDU-Ratsfrau Rosemarie Degenhardt im schon kalten Berlin. Viel Zeit nahm sich der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe und lies es sich nicht nehmen, die Gruppe nach einer ausführlichen Diskussionsrunde auch noch persönlich durch den Reichstag und auf die Kuppel zu führen.



Bergkamener in Berlin.

Dabei gab es auch Zeit für das ein oder andere Gespräch. So erfuhren die Teilnehmer in ungezwungener Atmosphäre neben Privatem aus dem Leben des Abgeordneten auch seinen Standpunkt

in aktuellen politischen Fragen wie der Flüchtlingssituation, der Griechenlandkrise oder auch zum Freihandelsabkommen TTIP.

Während des Aufenthaltes in Berlin erwartete die Besucherinnen und Besucher ein interessantes Programm. Neben dem Besuch im Bundestag machte die Gruppe eine Rundfahrt unter politischen Aspekten durch die ehemaligen Ost- und Westgebiete der Stadt. Zudem nahmen sich die Besucher auch Zeit für die Ausstellung im Dokumentationszentrum „Topografie des Terrors“. Deutlich wurde hier, wie sich Diktaturen entwickeln können und welches Leid dadurch entstehen kann. Hubert Hüppe freut sich immer auf den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aus seinem Wahlkreis. Diesen direkten Kontakt lobt auch Rosemarie Degenhardt: „Einfach toll, wie viel Zeit sich Hubert Hüppe für die Gruppe genommen hat und welche Einblicke er in das aktuelle politische Geschehen geben konnte.“

VW-Abgasskandal: Caddy aus Bergkamen im Deutschen Bundestag

Viele Bergkamener Dieselfahrzeuge sind vom VW-Skandal betroffen. Ein Caddy mit dem 1,6 Liter Motor der Baureihe EA 189 erlangte inzwischen einen größeren Bekanntheitsgrad, weil er Gegenstand der Beratungen im Deutschen Bundestag war.



So oder so ähnlich könnte der Caddy aussehen.

Dieses Auto gehört zum Bestand des Bergkamener Biohofes Ostendorff und wird als Lieferfahrzeug genutzt. Bauer und Bundestagsabgeordneter Friedrich Ostendorff beklagte in der Beratung des Antrags seiner Fraktion „Aus dem Pkw-Abgasskandal Konsequenzen ziehen – Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie sichern“ die möglichen negativen wirtschaftlichen des Diesel-Skandals für seinen Betrieb. Vielleicht könne er mit dem Fahrzeug bald nicht mehr die Kunden in der Umweltzone Ruhrgebiet beliefern, sagte er zum CDU-Verkehrsexperten Oliver Wittke. Auch befürchtet er einen Wertverlust seines Caddys. Scharf kritisierte er die Informationspolitik von VW.

Oliver Wittke zeigte sich in seiner Antwort optimistisch. Wenn die Autos mit den betroffenen Diesel-Motoren in der Werkstatt nachgebessert worden, dann hätten der Besitzer Autos, die den gesetzlichen Anforderungen genügten und ein Wertverlust trete nicht.

Frage und Antwort können Interessierte in der Mediathek sehen und hören. Hier sind die Links:

Frage von Friedrich Ostendorff Bündnis 90/Die Grünen):

<http://www.bundestag.de/mediathek/?contentArea=common&isLinkCallPlenar=1&categorie=Plenarsitzung&action=search&instance=m187&mask=search&ids=5974896>

Antwort von Oliver Wittke (CDU):

<http://www.bundestag.de/mediathek/?contentArea=common&isLinkCallPlenar=1&categorie=P>

lenarsitzung&action=search&instance=m187&mask=search&ids=5974897